

DEUTSCHLAND

Tornados bleiben nach Bruchlandung am Boden

BERLIN. Trotz der Bruchlandung eines Tornados setzt die Bundeswehr ihre in Deutschland umstrittenen Aufklärungsflüge für die Nato in Afghanistan fort. Die für heute geplanten Flüge wurden allerdings gestrichen. Grund dafür seien Schäden an der Landebahn. Die nächsten Aufklärungsflüge seien nun für morgen vorgesehen.

Terror-Spekulationen

BERLIN. Das Bundesinnenministerium hat Berichte über in Deutschland geplante Anschläge zurückgewiesen. „Dafür gibt es keinen neuen Anlass“, erklärte ein Ministeriumssprecher. „RTL aktuell“ hatte gemeldet, die Attentäter bereiteten sich derzeit auf eine Einreise nach Deutschland vor oder seien bereits im Land eingetroffen. dpa

Beckstein hofft auf Spuren



MÜNCHEN. Bayerns Innenminister Günther Beckstein (CSU) glaubt, dass durch das Ermittlungsverfahren gegen den Ex-RAF-Terroristen Stefan Wisniewski unentdeckte Komplizen gefasst werden könnten. „Es gibt Spuren auf eine Person, die noch nicht erkannt ist. Das heißt, es laufen noch Mörder der RAF frei herum.“ Archivfoto: dpa

EUROPA

Sowjetisches Ehrenmal in Estland wird verlegt

TALLINN. Nach tagelangen Krawallen hat sich die Lage in Estlands Hauptstadt Tallinn beruhigt. Die Regierung kündigte an, dass das umstrittene sowjetische Kriegerdenkmal verlegt wird. Viele Esten sehen in dem Denkmal ein Symbol ihrer Unterdrückung durch die Sowjetunion. Die russische Minderheit will gegen die Verlegung protestieren.

Stars wollen Darfur helfen

LONDON. Internationale Musik- und Filmstars haben die Welt aufgerufen, das Leben hunderttausender Menschen in der sudanesischen Region Darfur zu retten. Dort führen arabische Milizen einen Krieg gegen die einheimische schwarze Bevölkerung. Den Appell unterzeichneten unter anderem Elton John, Mick Jagger und Bob Geldof. dpa

WELT

Bericht zum Libanonkrieg kritisiert Ehud Olmert

TEL AVIV. Heute stellt eine israelische Untersuchungskommission ihre Einschätzung zum Beginn des Libanon-Kriegs vom letzten Sommer vor – und wird darin laut Medienberichten der Regierung des Ministerpräsidenten Ehud Olmert Versagen auf ganzer Linie vorwerfen. Aus der Opposition kommen bereits erste Rücktrittsforderungen.

„Castro kommt zurück“

HAVANNA. Der seit neun Monaten kranke, kubanische Revolutionsführer Fidel Castro soll laut dem bolivianischen Präsidenten Evo Morales im Mai wieder die Staatsführung übernehmen. Castro hatte die Macht wegen seiner Krankheit nach 47 Jahren in die Hände seines Bruders Raúl gelegt. dpa

Redaktion: Volker Kühn

Thema des Tages EU-Amerika-Gipfel

Als amtierende EU-Ratspräsidentin ist Kanzlerin Angela Merkel in die USA gereist. Eines der wichtigsten Themen des heute beginnenden Gipfels sind die Beziehungen zu Russland.

Putin diktiert den Themenplan in Washington

Statt über Klimaschutz diskutieren Merkel und Bush über den Ost-West-Konflikt

Von unserem Korrespondenten Friedemann Diederichs, Phoenix

Der Themenplan ist mächtig durcheinandergewirbelt. Wenn Kanzlerin Angela Merkel heute mit US-Präsident George W. Bush zusammentrifft, werden sie und die übrigen EU-Vertreter zwar auch wie geplant über eine Wirtschafts-Partnerschaft sprechen, über ein Luftverkehrsabkommen, Visa-Erleichterungen und den Klimaschutz.

Brisanter allerdings sind zwei aktuelle Krisenherde: Die in den USA als irrational empfundenen Drohungen des russischen Präsidenten Wladimir Putin sowie die Lage in der Türkei, wo das Militär offenbar einen Putsch nicht ausschließt.

Außenminister Frank-Walter Steinmeier hat bereits die Marschroute für eine Entschärfung der Verstimmung zwischen Moskau und Washington vorgegeben: „Es geht

„Es geht darum, eine Spirale des Misstrauens zu verhindern“

Außenminister Frank-Walter Steinmeier

darum eine Spirale des Misstrauens zu verhindern.“ Den Deutschen schweben dabei zunächst intensivere vertrauensbildende Maßnahmen

Washingtons in Sachen Raketenabwehr vor, denn Steinmeier dürfte bei seinem ebenfalls heute stattfindenden Treffen mit US-Außenministerin Condoleezza Rice realistisch gesehen kaum Chancen haben, die Amerikaner zu deutlichen Veränderungen an dem umstrittenen Projekt zu überreden.

Fraglich ist auch, ob es Annäherungen beim Klimaschutz gibt. Noch am Donnerstag rangen deutsche und amerikanische Vertreter um eine Erklärung dazu – ein Papier, das die Grundlage für Beschlüsse beim G-8-Treffen legen soll. Voraussichtlich wird es heute nur eine magere Übereinkunft geben, die die Notwendigkeit zum Handeln betont, ohne Konkretes festzuschreiben.



Seit Tagen greift SPD-Chef Kurt Beck die CDU von Kanzlerin Angela Merkel scharf an. Am Wochenende deutete Beck erstmals an, Merkel im Kanzleramt beerben zu wollen. Archivfoto: Peer Grimm/dpa

SPD-Spitze droht mit Koalitionsbruch

„CDU profiliert sich auf unsere Kosten“ – Beck strebt nach Kanzlerkandidatur

BERLIN. In einem Generalangriff hat die SPD-Spitze mit einem vorzeitigen Ende der großen Koalition gedroht. Parteichef Kurt Beck, Fraktionschef Peter Struck und Vize-Kanzler Franz Müntefering warnten die Union am Wochenende eindringlich vor weiteren Versuchen, sich auf Kosten der Sozialdemokraten zu profilieren.

Ansonsten stehe das Bündnis ernsthaft auf dem Spiel, betonten sie. Der Koalitionspartner könne nicht jeden Tag aufs Neue Verein-

barungen wieder in Frage stellen, bekräftigte Beck gestern und fügte hinzu: „Ich gehe davon aus, dass die Union dies verstanden hat.“ Aktuell sehe er die Koalition daher nicht in Gefahr.

Gleichzeitig signalisierte Beck erstmals seine Bereitschaft, 2009 als Herausforderer von Kanzlerin Angela Merkel (CDU) anzutreten. Bei der Kanzlerkandidatur habe immer der Vorsitzende das erste Wort, sagte er und fügte hinzu: „Ich weiß, was ich will.“ dpa

STICHWORT

Streitpunkte der Koalition

Steuern: Die SPD ist gegen eine Unternehmenssteuerreform, die die Wirtschaft entlastet. Sie will nur zustimmen, wenn zugleich Erbschaften stärker besteuert werden.

Kinderbetreuung: Beide Seiten wollen mehr Krippenplätze. Umstritten ist aber, wie das bezahlt werden soll.

Innere Sicherheit: Die vom Innenministerium geforderten Gesetzesverschärfungen lehnt die SPD ab.

Pflegerreform noch in diesem Jahr

Wann kommt die Pflegerreform?

Mit der Braunschweiger Bundestagsabgeordneten und SPD-Gesundheitsexpertin Carola Reimann sprach Christian Kerl.



Die Koalition tut sich schwer mit der Pflegerreform, Skeptiker sehen schon das Scheitern voraus. Kommt die Reform noch?

Sie kommt, und zwar noch dieses Jahr. Wir als SPD-Fraktion haben mit den Vorarbeiten begonnen und am Freitag gerade einen Workshop dazu veranstaltet. Wir wollen die ambulante Pflege stärken, weil auch die Betroffenen lieber zuhause betreut werden wollen. Wir wollen die ehrenamtliche Pflege und die Tagespflege stärken. Wir diskutieren, dass Angehörige eine Pflegezeit nehmen können. Und sehr wichtig: Wir wollen Angebote für Demenzerkrankte schaffen und die Leistungen, die seit dem Beginn 1995 nie erhöht wurden, dynamisieren. Schließlich ist im Koalitionsvertrag vereinbart, dass es einen Finanzausgleich zwischen gesetzlicher und privater Versicherung gibt.



Carola Reimann Foto: Archiv

Einige dieser Punkte kosten Geld. Werden die Beiträge steigen?

Man könnte das sicher durch Beitragserhöhungen finanzieren. Aber die Diskussion ist verfrüht, weil noch gar nicht klar ist, für was Geld ausgegeben wird. Da werden in der Debatte jetzt „Luftbuchungen“ vorgenommen. Klar ist: Es ist und bleibt eine Teilkasko-Versicherung.

Die Union will eine kleine Kopfpauschale einführen, die Kapitalansammeln soll. Macht die SPD mit?

Nein, das lehnen wir ab. Die Vorschläge der Union würden gerade für kleine und mittlere Einkommen eine Belastung bedeuten, zumal die Union die Pauschale von anfangs sechs, sieben Euro monatlich jedes Jahr erhöhen will. Da kommen überproportionale Lasten zum Beispiel auf Rentner zu. Das machen wir nicht mit.

Da wird eine Einigung schwierig...

Ja. Aber ich bin zuversichtlich. Ein Verschieben der Reform wäre keine Lösung: Wir müssen auf die demographische Entwicklung reagieren. Und wir brauchen endlich ein verbessertes Angebot für Demenzerkrankte. Deshalb erwarte ich, dass das Bundesgesundheitsministerium bald einen Gesetzentwurf vorlegen wird.

Türkei: Armee schaltet sich in Wahl-Krise ein

Generäle warnen Regierung vor islamistischen Tendenzen – Massenprotest gegen Präsidentenkandidat Gül

Von unserem Korrespondenten Thomas Seibert, Istanbul

Auf dem Weg zur Großdemonstration zogen Zehntausende von Menschen gestern in Istanbul an jenen Politikern vorbei, gegen die sie protestieren wollten: am Hauptquartier der Regierungspartei AKP mit seinen großflächigen Bildern von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan und Präsidentschaftskandidat Abdullah Gül.

Wie zuvor in Ankara demonstrierten in Istanbul die Anhänger einer nationalistischen Ideologie, die das Land von Islamisten und ausländischen Kräften gleichermaßen bedroht sieht. Auf dem Kundgebungs-

platz forderten mehr als eine Million Menschen den Rücktritt der Regierung Erdogan und Güls Verzicht aufs Präsidentenamt.

„Die Türkei ist weltlich und wird es bleiben“, riefen sie. Redner verdammtes Erdogans Kabinett als Islamistenklub, der in der Türkei ein Scharia-Regime einführen wolle, und forderten vorgezogene Neuwahlen. Unter den Demonstrationsteilnehmern waren auffällig viele Frauen.

Nur einen positiven Aspekt gab es für Erdogan: Viele Teilnehmer wandten sich nicht nur gegen die Regierung, sondern auch gegen die

jüngste Putsch-Drohung der Militärs. „Wir sind gegen die Scharia, aber auch gegen einen Staatsstreich“, sagte Necla Arat, Mit-Organisatorin der Demonstrationen.

Nach dem ersten Wahlgang bei der Präsidentschaftswahl im Parlament am Freitag hatte der Generalstab erklärt, die Armee verstehe sich als Beschützer des Laizismus,

also der Trennung von Staat und Religion, und werde notfalls offen und klar Position beziehen.

Die Regierung wies die Drohung der Generäle zurück. Sie erinnerte daran, dass die Armee der Regierung unterstellt sei. Erdogan rief Generalstabschef Yasar Büyükanit an und beschwerte sich.

Büyükanit habe dem Ministerpräsidenten versichert, dass sich die Mitteilung der Militärs nur allgemein auf islamistische Tendenzen im Land bezogen habe und nicht auf die Regierung, berichtete die Presse. Es war das erste Mal in der Türkei, dass eine Zivilregierung es wagte, die Armee öffentlich in die Schranken zu weisen.